

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 01/57. Jahrgang

Januar 2026

Schutzgebühr: 0,40 €

Markt euch ein für alle Mal: Kapital ist nie sozial!

„Der Sozialstaat ist nicht mehr finanziert“, so tönt es aus allen Richtungen von Merz über Klingbeil bis hin zu Reichennek (Die Linke) und quer durch alle Medien. Grundlegende Reformen und tiefe Einschnitte seien notwendig.

Die Vorgeschichte dessen, was man „Sozialstaat“ nannte

Wir leben im Kapitalismus. D. h. einige wenige besitzen Kapital (Fabriken, Ländereien) und die große Mehrheit muss ihre Arbeitskraft verkaufen, um leben zu können. Nach Kriegsende, nachdem das deutsche Großkapital mit den Faschisten ganz Europa dem Erdboden gleich gemacht hatte, sollte das anders werden. Sogar die CDU musste



«Das neue Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer». Karikatur aus dem «Neuen Postillon», Zürich, Schweiz 1896.

1947 in ihrem Ahlener Programm den Sozialismus fordern. Aber das Kapital setzte sich (in Westdeutschland) durch.

Heraus kam dabei das System der Sozialversicherung. Wenn die Menschen schon ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, dann sollten sie wenigstens in den Zeiten, wo das nicht geht – Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter – abgesichert sein. Die Versicherungsbeiträge wurden zu gleichen Teilen von Unternehmern und Beschäftigten selbst bezahlt – nicht vom Staat. Das funktionierte viele Jahrzehnte. Noch unter Kohl betrug die durchschnittliche Rente 70% des vorherigen Lohnes.

Der Rückbau des „Sozialstaates“

Für die Unternehmer waren diese „Lohnnebenkosten“ stets ein Ärger. *Fortsetzung auf S. 2*

Kurz und Gießen –
Kal, mei Drobbe!
Mängelmelder, Frauen
im Widerstand ohne
Ria Deeg, Bieber in der
Wieseckau

S. 3

Wohnbau: Warteliste
wird abgeschafft, Bus-
fahren wird teurer

S. 4

Halbherzige Hilfe für
Drogenkonsumierende,
Böllerverbot abgelehnt

S. 5

Wohnungsfrage

S. 6

BND-Gesetz,
EU-Regierung in Panik

S. 7

Gießen - sozial und friedensstüchtig

Gießen braucht es und wir sind bereit

**Kommunalwahl
am 15. März 2026**

Das Wahlbündnis GSF stellt seine Kandidatinnen (heute **Emilia Seelig**, Platz 3) und sein Wahlprogramm vor: **Transparenz** (Das sichtbar machen, was drinnen im Rathaus passiert), **freien Wohnraum für alle**, **Frieden und Schutz vor nuklearer Vernichtung**. Siehe Seite 2

Gießen – 2026 noch keine Mietpreis- bremse

Nach den zurzeit gültigen Kriterien gilt Gießen nicht als „Gebiet mit angespanntem Wohnungsmarkt“. Wer einmal eine Wohnung suchen musste, kann darüber nur den Kopf schütteln. Wer im Internet eine einigermaßen günstige Wohnung anbietet, kennt das. Man erhält innerhalb kurzer Zeit hundert oder mehr Anfragen.

Fortsetzung auf S. 2

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Fortsetzung von Seite 1: **Markt euch ein für alle Mal: Das Kapital ist nie sozial!**

nis, schmälern sie doch die Gewinne, die aus der Arbeit der abhängig Beschäftigten erwirtschaftet werden. Ihr Abbau war Programm der folgenden Bundesregierungen.

Bereits 1956 unter Adenauer (CDU) wurde der Bezug des Arbeitslosengeldes verkürzt und die „Arbeitslosenhilfe“ eingeführt, es gab nur 58 statt 68% des vorherigen Lohnes, und auch das nur bei „Bedürftigkeit“. Wer heute arbeitslos wird, muss – dank Grundsicherungsverschärfung – damit rechnen, morgen auf der Straße zu sitzen – ohne Obdach und Brot, das dagegen selbst Mörder gewährt wird.

Helmut Schmidt (SPD) hob dann 1977 mit der Einführung der Rezeptgebühr die Parität der Finanzierung im Gesundheitswesen auf. Inzwi-

schen werden etwa zwei Drittel aller Kosten von den Versicherten alleine aufgebracht. Usw., usf.

Der Streit um die Rente tobte noch, obwohl die Beiträge seit 2007 nicht erhöht wurden, zwischenzeitlich sogar ein Überschuss zu verzeichnen war, und die Regierung Jahr für Jahr aus der Rentenkasse Milliarden für versicherungsfremde Leistungen abzweigt. Die paar mehr Rentner der *Boomer-Jahrgänge* wären leicht aufzufangen. Trotzdem wird wahrheitswidrig behauptet, die Renten seien nicht mehr finanzierbar. Alles, um die gesetzliche Rente zu zerstören und den Menschen eine private Versicherung aufzunötigen, für die sie kein Geld haben und an denen die Unternehmer wieder verdienen können.

Die Fratze des Kapitalismus

Der „Sozialstaat“ hat sich entlarvt und ist zum autoritären Unrechtsstaat mutiert mit Altersarmut, Obdachlosigkeit, Verelung – aber mit der „Freiheit“, unter Brücken zu schlafen und dem Vaterland als Kanonenfutter zu dienen.

Diese sozialen Grausamkeiten wären nicht möglich, wenn es noch die DDR und den Vergleich der Systeme geben würde. Die BRD ist zum genauen Gegenteil dessen geworden, was die DDR ausgemacht hat: soziale Sicherheit, Wohnung und Arbeit für alle in Frieden, zum Gegenteil dessen, was auch die Menschen im Westen nach dem Krieg wollten.

Erika Beltz

Fortsetzung von Seite 1: **Gießen – 2026 noch keine Mietpreisbremse**

Nach Presseberichten sollte sich die Einstufung Gießens in diesem Jahr ändern, dann könnte in der Stadt endlich eine Mietpreisbremse eingeführt werden. Die Einstufung soll jetzt aber um mindestens ein Jahr verschoben werden. Der Grund

ist kaum zu glauben: Nach den gültigen Kriterien hätte selbst Frankfurt keinen angespannten Wohnungsmarkt, die dortige Mietpreisbremse müsste fallen. So bemessene Kriterien haben mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Sie dienen nur den In-

teressen der Immobilienbesitzer. Da so ein offensichtlicher Unsinn nicht mehr vermittelbar ist, sollen die Regeln jetzt endlich überprüft werden. Das kann aber dauern. Für alle, die jetzt eine Wohnung brauchen, ist das eine bittere Pille. Gernot Linhart

Gießen – sozial und friedensstüchtig (GSF)



Gießen - sozial
und friedensstüchtig
Gießen braucht es und wir sind bereit

Kommunalwahl
am 15. März 2026

Aus dem Wahlprogramm des neuen Wahlbündnisses

Transparenz

Wir wollen draußen sichtbar machen, was drinnen im Rathaus passiert.

Dass die Parteien im Wahlkampf versprechen, was die Bevölkerung hören will, am Ende aber ganz andere Sachen durchsetzen, ist allen hinreichend bekannt. Wie es weitergeht, welche Entscheidungen für das ganze Land getroffen werden, darüber haben aktuell vor allem die großen Monopole die Kontrolle. Was die Interessen der Bevölkerung sind, das interessiert weder die Politiker noch die Konzerne.

Unsere Kandidatin auf Platz 3
Emilia Seelig



24 Jahre, Studentin der Tiermedizin. Ich trete für soziale Gerechtigkeit, Frieden und den Schutz der Natur ein. In der Palästina Solidarität Gießen engagiere ich mich für Frieden, Internationalismus und die Freiheit für unterdrückte Völker. Eins unserer gemeinsamen Ziele ist: keine Bundeswehr an Schulen und Universitäten.

Ein würdiges und gerechtes Leben in Gießen für Alle. Gießen braucht es - und wir sind bereit

- **Gießen braucht – freien Wohnraum für alle**
 - Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
 - Leerstandserhebung und Mietpreisbremse
- **Gießen braucht – Frieden und Schutz vor nuklearer Vernichtung**
 - Umbenennung Katharinenplatz in Hiroshima-platz
 - Eine Stele für Ria Deeg in der Plockstraße
 - Bundeswehr raus aus Schulen – kein Werben fürs Sterben in unserer Stadt

Das ausführliche Wahlprogramm findest Du unter:
www.gsf-gi.de
E-Mail: gsf-giessen@web.de

Kurz und Gießen

Kall,
mei Drobbe!



Wer meldet den Mängelmelder beim Mängelmelder?

„Müll, Straßenschäden, defekte Ampeln, Straßenschilder, Straßenbeleuchtung, Spielgeräte oder Parkbänke – hier können Sie uns alles mitteilen. Der Mängelmelder ist Ihre zentrale Adresse für die Meldung von Mängeln an der Infrastruktur oder Vermüllung in Gießen...“ (aus der städtischen Homepage). Schöne Worte – leere Worte!

Denn weiter heißt es: „Hinweis

zu den Kategorien "Verschmutzung, Scherben" sowie "Wilde Müllkippe, Sperrmüll": Aufgrund aktueller Personalengpässe können diese Mängel vorübergehend nur mit großer Verzögerung abgearbeitet werden.“

Und: „[...] ist es Pflicht ein Foto des Mangels hochzuladen, anhand dessen für die Bearbeitung hilfreiche Informationen ersichtlich werden“ (aus Gießener Anzeiger,

16.10.2025).

Und: Die maximale Zeichenzahl für Beschwerdetexte ist von 1.000 auf 120 reduziert worden.

Was mache ich, wenn kein Handy für ein Foto zur Hand ist, es stockdunkel ist, der Mangel mit 120 Zeichen nicht beschrieben werden kann? Wahrscheinlich hofft die Stadt auf den LmaA-Effekt. (<https://giessen-direkt.de/de/maengelmelder>)

„Frauen im Widerstand“ – warum ohne Ria Deeg?



Im Netanya-Saal des Alten Schlosses wird zurzeit eine Plakatausstellung mit dem Titel „Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ gezeigt. Die Ausstellung

wird nicht besonders beworben. Auch im Schloss selbst gibt es keinen Hinweis auf die Plakate.

Es handelt sich um eine Wanderausstellung, die von der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ verliehen wird. Auf einem Einleitungsplakat sind die Namen von 80 Widerstandskämpferinnen genannt, darunter auch die Gießenerin Ria Deeg. Unter den einzelnen 18 Plakaten in der Ausstellung sucht man Ria Deeg dann aber leider vergeblich. Bei einer bun-

desweit gezeigten Ausstellung ist verständlich, dass eine Auswahl getroffen werden muss. In Gießen könnte man erwarten, dass die Museumsleitung die Auswahl ergänzt, vor allem wenn die Stadt eine so mutige Widerstandskämpferin wie Ria Deeg zu bieten hatte. Informationen und Material gäbe es genug. Das Museum heißt seit kurzem „MfG – Museum für Gießen“. Der Name sollte dazu verpflichten, die lokale Erinnerungskultur zu pflegen.

Vom Biber lernen

Das, was das Umweltdezernat unserer Stadt mit Tonnen von Beton und Hunderttausenden von Euros aus der Haushaltstasse zwischen Schwanenteich und Schwimmbad schaffen wollte, schafft ein Nagetier mit ökologisch einwandfreien Mitteln über Nacht. Seine Dämme regulieren Bäche, halten das Wasser in der Landschaft zurück, stabilisieren Grundwasserstände und tragen zur natürlichen Hochwasservorsorge bei.

An und in der Wieseck hat er zugeschlagen. Ein Biber hat einen Baum angenagt, seinen



Bau gezimmert. Der Weg nach Wieseck wurde überflutet. Der Biber fühlte sich sicher, denn seine Dämme und Bauten sind gesetzlich streng geschützt.

Nur hat das Nagetier nicht mit der Unfähigkeit des städtischen Gartenamtes gerechnet, das versuchte den Bau zu zerstören. Mit seiner Beharrlichkeit und Ausdauer nagte er daraufhin mehrere Bäume an und ließ sich nicht vertreiben.

Diese Beharrlichkeit wünscht die Redaktion des Gießener Echoes allen fortschrittlichen Menschen in Gießen für 2026.

Freiheit für Venezuela



Am 3.1. wurden militärische wie zivile Ziele in Venezuela von den USA angegriffen und der Präsident Maduro gefangen genommen.

Auf der Kundgebung in Gießen am selben Tag waren über 50 FriedensfreundInnen, um dagegen zu demonstrieren.

Wir fordern: **Freiheit für Venezuela, kein venezolanisches Öl für den US-Imperialismus, Stopp der Unterstützung der USA durch Deutschland.**

Siehe auch www.giessen.dkp.de

Wohnbau: Warteliste wird abgeschafft

Die Gießener Wohnbau verfügt über 7.250 Wohnungen. Nur knapp 1.800 davon sind Sozialwohnungen, d. h. sie können nur an Mieter mit geringem Einkommen vergeben werden, bestätigt vom Wohnungsamt. Dieses stellt auch die notwendigen Wohnberechtigungsscheine aus. Für die frei verfügbaren Wohnungen gab es bis jetzt eine Warteliste mit etwa 6.000 Wohnungssuchenden. Es gibt also mehr Suchende als Wohnungen. Diese Liste will die Wohnbau abschaffen.

Angeblich führt dieses Vergabeverfahren zu langen Leerständen: Die Wohnung wird einem Interessenten angeboten. Der muss sich entscheiden, ob er ernsthaft interessiert ist oder nicht. Manche reagieren gar nicht auf das Angebot. Um die Vermittlung zu beschleunigen, sollen die Angebote jetzt über das Internet erfolgen. Dazu gibt es die Plattform „Immoscout24“. Wer mit Internet und E-Mails nicht vertraut ist – solche Leute soll es auch noch geben – hat da natürlich keine Chance mehr auf eine Wohnung. Die Abschaffung der Warteliste riecht nach einem Täuschungs-

manöver, das dazu dienen soll, die wahre Wohnungsnot zu verschleiern. Wenn das Vergabesystem sowieso umgestellt wird, könnte man neben dem „Immoscout24“ eine Wohnungstauschbörse einführen.

Die Mieter könnten, eventuell durch einen Ringtausch, genau die Wohnung finden, die nach Lage, Größe, Mietpreis, Ausstattung usw. am besten ihren Anforderungen entspricht.

G.L.



Gießen-Pass: Busfahren wird teurer

„Nulltarif für das Gießener Busnetz“ – so lautete eine der Forderungen des Wahlbündnisses „Gießener Linke“ im Kommunalwahlkampf vor fünf Jahren. Nach der Wahl trat die fünfköpfige Fraktion dieses Bündnisses in eine Magistratskoalition mit Grünen und SPD ein. Ein Mitglied, Martina Lennartz (DKP), trat

bald aus der Fraktion und damit aus der Koalition aus. Wegen des Fraktionszwanges hätte sie Beschlüssen zustimmen müssen, die sie auf keinen Fall vertreten konnte. Im Laufe der Wahlperiode hat die Restfraktion keine einzige der im Wahlprogramm genannten Forderungen durchgesetzt. Sie hat es nicht einmal versucht. Ganz im Gegen- teil, die Bustarife z. B. sind im Laufe der Jahre deutlich gestiegen. Besonders heftig traf es Inhaber des Gießen-Passes. Zuerst wurde die Ermäßigung der Einzelfahrscheine gestrichen. Jetzt

werden auch noch die Ermäßigungen für alle Zeitkarten gekürzt. Die Wochenkarte für Erwachsene wird regulär um 0,80 Euro teurer, für Gießen-Pass-Inhaber um 2 Euro. Die Monatskarte für Erwachsene wird regulär um 2,90 Euro teurer, mit Gießen-Pass um 5 Euro. Ähnlich verhält es sich bei allen anderen Zeitkarten.

Sozialdezernent Francesco Arman, von den Gießener Linken in das gut bezahlte Hauptamt gehievt und dann zur SPD übergetreten, trägt diese Verschlechterungen nicht nur mit, er bezeichnet sie wegen der „leeren Kassen“ als alternativlos. Ein Teil der Fraktion, die in fünf Jahren absolut nichts für ihre Wähler erreicht hat, tritt als Kandidaten bzw. als Kandidatinnen des BSW wieder zur Kommunalwahl an. Vielleicht braucht ja eine Koalition, egal aus welchen Parteien, wieder einen willigen Mehrheitsbeschaffer.

Gernot Linhart



Stadtparlament: Halbherzige Hilfe ist keine Hilfe

Geht man auf die Webseite der AIDS-Hilfe Hessen, versteht man, welche Gesundheitsgefahren Drogenabhängigen drohen. Viele Vorsichtsmaßnahmen zu einem sichereren Gebrauch der Utensilien, *Safer-Use*, sind nötig.

Martina Lennartz, fraktionslose Stadtverordnete der DKP, bringt das Thema immer wieder in die Gießener Stadtverordnetenversammlung. „Die Lebenssituation der Erkrankten, Gefahren, Risiken und Krankheitssituation der Betroffenen haben sich in den letzten Jahren verschärft“ appellierte sie in ihrem Antrag zur Errichtung eines Drogenkonsumraums. Neue Drogen verschärfen die Situation der Betroffenen.

Lennartz betonte auch, sie verstehe die Ängste der Gießener Bevölkerung, vor allem der Anwohner und der Gewerbetreibenden wegen dem verursachten Müll. Fäkalien- und Lärmproblematik in der Gießener Innenstadt nehmen im-

mer mehr zu.

„Hier braucht es mehr als nette Gespräche und Müllbeutel“, wandte sie sich an den Sozialdezernenten Arman (SPD), dessen *Safer-Use*-Konzept nur finanziell, aber nicht menschlich durchdacht ist. Beratungen, medizinische Grundversorgung, Bereitstellung von sterilen oder hygienischen Utensilien, Nutzung von Telefon, frische Kleidung, Wi-Fi, Möglichkeit zu duschen und Wäsche zu waschen, Überweisung von Klienten an geeignete Sozial-, Gesundheits- und Behandlungsdienste, professionelle Überwachung des Konsums können nur in geschützten Räumen stattfinden, nicht zwischen Tür und Angel. Martina Lennartz' Begründungen fielen bei den Stadtverordneten auf keine weihnachtlich-hilfsbereite Grundstimmung. Wenn nichts passieren soll, beantragt man für die Zukunft einen „Evaluationsbericht“ über *Safer-Use* – nein – nicht für die Stadtverordnetenversammlung, sondern

den Sozialausschuss. Und dort soll über „geeignete Strategien im Umgang mit Drogenkonsumierenden“ diskutiert werden.

Aus dem Stadtparlament

ABGELEHNT!

Fazit: Es kostet fast nichts, belässt nur geringfügig die Ohren weniger Stadtverordneter und erzeugt vielleicht dennoch ein Presse-Echo. Garantiert hilft es den Hilfsbedürftigen nicht.

Martina Lennartz wird aber weiter dicke Bretter bohren. Darauf können sich die Betroffenen verlassen. Auch als Spitzenkandidatin des GSF (Gießen – sozial und friedensstüchtig) bei den Kommunalwahlen im März 2026. Streitbares Neues Jahr!

M. Berger

Auch im Stadtparlament: Profite wichtiger als Menschen, Tiere und Umwelt

Bereits mit zwei Anträgen (2019 und 2025) und einer Anfrage (2021) hat Martina Lennartz (DKP) auf die Gefahren der Böllerei hingewiesen:



Silvester-Müll in der Gießener Innenstadt am 2.Jan.

Schwerverletzte, Müll, Feinstaubbelastung, Brandgefahr, Belastung der Steuerzahler, Eingriffe in Ökosysteme, Schaden für Haus- und Wildtiere. Das meiste Feuerwerk wird importiert, überwiegend aus Staaten der Dritten Welt oder "Schwellenländern", wo katastrophale Arbeitsbedingungen herr-

schen. Dazu kommen Angriffe auf Polizei, Rettungsdienst und andere unschuldige Menschen, auf die Feuerwerkskörper geworfen werden. Die Betroffenen werden oft schwer verletzt. Die Anträge wurden abgelehnt.

Sämtliche Tierheime – nicht nur in Gießen – Ärzte, vor allem Augenärzte, das deutsche Kinderhilfswerk und die Umweltverbände, wie der NABU, plädieren dafür, endlich ein Böller verbot zu verhängen. Die Gewerkschaft der Polizei hat eine Petition „Bundesweites Böller verbot, jetzt“ gestartet, welche über 2 Mio. Menschen unterschrieben haben. Kurz vor der Innenministerkonferenz im Dezember 2025 drängte das Bündnis „Böllerciao“ aus 55 Organisationen auf ein bundesweites Verbot privater Feuerwerke. So gar die Partei Die Grünen und der Gießener Bundestagsabgeordnete Felix Döring (SPD) forderten in ihrem Bundestagswahlprogramm ein Böller verbot. Auf den Nordseeinseln ist ein solches Verbot verhängt worden. Auch die Niederlande haben

ein vollständiges Verbot von privatem Feuerwerk ab 2026 beschlossen.

Jede Gemeinde in Deutschland hat die Möglichkeit selbst aktiv zu werden, um in belasteten bzw. gefährdeten Innenstadtbereichen die private Silvester-Böllerei zu verbieten. Warum schafft es Gießen nicht?

ML



Netzfund

Einladung: Leningrader Blockade 1941 – 44 „Niemand ist vergessen – Nichts ist vergessen“



Gert Meyer am Dienstag, 29.01. um 19:00 Uhr in der Kongresshalle, Kerkrade-Zim.

Vortrag und Diskussion mit Gert Meyer

Am 27. Januar 1944 durchbrach die Rote Armee den Blockadering um Leningrad. Die Blockade der zweitgrößten Stadt der Sowjetunion durch die faschistische deutsche Wehrmacht und ihre Verbündeten dauerte 872 Tage an. Geschätzt verloren 1,1 Mio. zivile Bewohner der Stadt aufgrund der Blockade ihr Leben. 90% dieser Opfer verhungerten. Die Einschließung der Stadt durch die deutschen, spanischen und fin-

nischen Truppen mit dem Ziel, die Leningrader Bevölkerung systematisch verhungern zu lassen, gilt als eines der grausamsten Kriegsverbrechen Nazideutschlands während des Eroberungs- und Vernichtungskriegs gegen die Sowjetunion, dem insgesamt 27 Mio. Menschen zum Opfer fielen. Hierüber und über die Lehren für die Gegenwart und das deutsch-russische Verhältnis möchten wir mit Dr. Gert Meyer diskutieren.

Wohnungsfrage, Krise des Kapitalismus und „der Putin“

Laut Christian Garden, Fachbereichsleiter für Suchtkranken- und Wohnungslosenhilfe bei der AWO, gab es im September 2024 in Gießen ca. 108 wohnungs- oder sogar obdachlose Menschen. Nur wohnungslos sind diejenigen, die zwar ein Dach über dem Kopf haben, z. B. weil sie bei FreundInnen übernachten, die aber über keine Wohnung mehr verfügen. Obdachlos sind diejenigen, die genötigt sind, auf Parkbänken oder unter Brücken zu schlafen. Auch bei -10°C.

Wohnungs- oder Obdachlosigkeit kann jede(n) treffen. Sogar AkademikerInnen befinden sich unter den KlientInnen der AWO. Schicksalsschläge (Trennung vom Partner, Tod eines nahestehenden Menschen) können MieterInnen so aus der Bahn werfen, dass ihr Alltag kaum noch zu bewältigen ist. Verlust des Arbeitsplatzes ist ein weiterer Grund, der neben individuellen auch soziale, ökonomische und politische Aspekte hat. Fest steht, dass diese Menschen dringend ein soziales Netz bräuchten, das sie auffängt. Z. B. die Großfamilie oder den So-

zialstaat. Doch beide unterliegen seit Jahrzehnten einer verschärften Erosion. Das trifft insbesondere auf den Sozialstaat zu, seit „der Putin“, der „Sohn des Leibhaftigen“, die vermeintlich demokratische Ukraine „überfallen“ hat, weil er verständlicherweise keine NATO-Atomwaffen direkt vor der russischen Haustür möchte. Die LobbyistInnen des Kapitals in der Bundesregierung haben dies bekanntlich aufgegriffen, um zum nächsten großen Krieg des deutschen Imperialismus gegen Russland zu trommeln, für den wir jetzt mal wieder Opfer bringen sollen. Um diesen Krieg zu finanzieren, wird das Sozialstaats-Prinzip (Art. 20 GG), das eigentlich wie die Menschenwürde (Art. 1 GG), der Ewigkeits-Garantie unterliegt, zwar nicht formal abgeschafft, aber schrittweise gezielt ausgehöhlt. Das Ergebnis

kommt einer Abschaffung gleich.

In Gießen konkurrieren mittlerweile 40.000 Studierende mit anderen Wohnungssuchenden. Dass sich die Situation unter OB Becher entspannen wird, ist nicht zu erwarten. Kämpfen wir also gemeinsam – für bezahlbaren Wohnraum, Brot und Frieden!

Lydia A.

Falls ihr noch nicht wusstet wie die Teile eines Kampfjets heißen:



Rutte redet vom Krieg

NATO-Generalsekretär Rutte malt den Teufel an die Wand: Wenn die Bürger der EU nicht auf Luxus wie Bildung, Gesundheit, Altersversorgung, Kultur usw. verzichten und sich stattdessen nicht bis auf die Zähne bewaffnen, könnte es bald wieder Kriege geben wie sie unsre

Eltern und Großeltern erlebt haben. Er verschweigt, wie diese Kriege begonnen haben. Bei beiden standen Lügen am Anfang. 1914 erklärte Kaiser Wilhelm: „Mitten im Frieden überfällt uns der Feind – deswegen auf, zu den Waffen!“ 1939 erklärte Hitler: „Seit 5 Uhr 45 wird jetzt zu-

rückgeschossen“. Mit der Verteufelung Russlands werden die Lügen zur Begründung eines nächsten Krieges vorbereitet. Eigentlich unglaublich, dass die gleichen Lügen auch jetzt wieder von vielen Menschen geglaubt werden.

Gernot Linhart

Das neue BND-Gesetz: Schlapphüte im Flecktarn

Im Dezember 2025 wurde ein neuer Entwurf der Bundesregierung bekannt, der auf eine erneute Änderung des BND Gesetzes (letzte Änderung 06.12.2025) zielt. Der BND soll von einem klassischen Nachrichtendienst zu einem umfassenden Dienst mit paramilitärischen Strukturen umgebaut werden.

Wie immer in solchen Fällen muss die vermeintliche Bedrohung durch Russland zur Begründung herhalten. Konkret sind erweiterte operative Befugnisse geplant: gezielte Sabotage gegen gegnerische Waffensysteme oder Cybermaßnahmen im Verteidigungsfall. Solche Einsätze sollen ausschließlich bei einer „nachrichtendienstlichen Sonderlage“ erlaubt sein, die vom Nationalen Sicherheitsrat festgestellt wird und vom Parlamentarischen Kontrollgremium des Bundestags bestätigt werden muss. Die Bundesregierung plant: Der BND soll strategischer Akteur im „Sicherheitsgefüge“ Deutschlands und Europas werden. Er soll befähigt werden, schneller und selbstständiger auf Gefährdungen zu reagieren,

ohne auf Polizei oder Militär warten zu müssen.

Auch die anderen Geheimdienste sollen erweiterte Befugnisse erhalten. Ziel ist eine „Gestapo“, ein umfassender, integrierter Sicherheitsapparat. Allerdings mit unterschiedlichen, eigenständigen Diensten unter einem Dach, eine koordinierende Behörde. Polizei und Geheimdienste benutzen schon gemeinsame Datenbanken und tauschen ihr Wissen aus. Das Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdienst, eine Folge aus der Erfahrung mit der faschistischen Gestapo, kann so formal weiter existieren und wird gleichzeitig aufgelöst. Die Ursachen sind: geopolitische Konkurrenz (USA/EU vs. China/Russland), ökonomische Stagnation, Energie- und Ressourcen Krisen, Armut und soziale Spannungen sowie Legitimationsverlust der kapitalistischen Ordnung. Die lückenlose Überwachung der Bevölkerung nimmt mehr und mehr Gestalt an.

Henning Mächerle

Jetzt 6 Wochen
kostenlos testen



„So ist das Leben
und so muß man es
nehmen, tapfer, un-
verzagt und lächelnd
– trotz alledem.“

Rosa Luxemburg

**Sagen, I
was ist!**



unsere-zeit.de
Tel.: 0201 177889-15
abo@unsere-zeit.de



EU-Regierungen in Panik: In der Ukraine droht Frieden

Finanziell haben es EU-Chefs geregelt: Mit geliehenen 90 Mrd. Euro kann man die Ukraine noch zwei Jahre gegen Russland kämpfen lassen. Selenskyi und andere ukrainische Kriegsgewinner haben kein Interesse an baldigem Frieden. Solange geschossen wird, fließt jede Menge Geld aus dem Westen. Davor können sie einen ordentlichen Teil für sich abzweigen. Nach dem Krieg droht eine Untersuchung, wer durch den Krieg reicher geworden ist.

Auch die EU-Chefs fürchten einen Friedensschluss. Mit dem Krieg können sie die massive Aufrüstung einschließlich Wehrpflicht begründen. Im Frieden könnte vielleicht danach gefragt werden, wieso die Ukraine dazu gebracht wurde, den kurz nach Kriegsbeginn mit

Russland ausgehandelten Vertrag zur Beendigung der Kämpfe nicht zu unterschreiben. Oder warum nach der offensichtlich gescheiterten Sommeroffensive 2023 keine Verhandlungen mit Russland erfolgten. Schließlich war damals schon deutlich, dass die Verhandlungsposition der Ukraine mit jedem Monat schlechter wird.

Nach wie vor **bleibt ein Widerspruch unerklärlich**: Die West-Regierungen beharren darauf, mit genügend Waffenlieferungen könnte die Ukraine die russische Armee schlagen oder zumindest einen für sie günstigen Vertrag erzwingen. Zugleich soll dieselbe Armee angeblich in der Lage sein, die EU-Staaten und Großbritannien zu überrennen und deren Bevölkerung zu beherrschen. Um das zu verhindern, werden Hun-

derte Milliarden Euro für Waffen und Munition ausgegeben und hunderttausende neue Soldaten ausgebildet. Eigentlich müsste jeder Bewohner der betroffenen Länder diesen Widerspruch in der Argumentation erkennen. Nach 1990 schlug zunächst die Sowjetunion, nach deren Zerfall Russland, ein gemeinsames Sicherheitssystem für ganz Europa vor, von Portugal bis zum Ural. Vor allem die USA waren strikt dagegen, sie profitieren von Unfrieden in Europa. Jetzt haben die USA, möglicherweise nur vorübergehend, ihre Haltung geändert. Die Staaten Europas sollten diese Möglichkeit nutzen. Der Aufrüstung muss widersprochen werden, das dafür verschwendete Geld würde dringend für Bildung, Gesundheit, Wohnungen usw. gebraucht. Russland wird immer ein Teil Europas bleiben. Dauerhaften Frieden kann es nur mit und nicht gegen Russland geben.

Gernot Linhart





Termine

Fragen oder Anmeldungen an
giessen@dkp.de

Sa./So. 10./11.1.:
Rosa-Luxemburg-Konferenz und
LLL-Demo in Berlin



Infos:
<https://www.jungewelt.de/rk/>

Do. 15.1. um 19 Uhr:
Gruppenabend DKP Gießen –
Ort bitte erfragen

Mo. 19.1. ab 9 Uhr:
Kundgebung des Friedensnetz-
werks Gießen bei "Chance",
Messe für Beruf und Karriere, An
der Hessenhalle 11, Gießen

Sa. 24.1. ab 10:30 Uhr:
Infostand Wahlbündnis GSF –
Kugelbrunnen

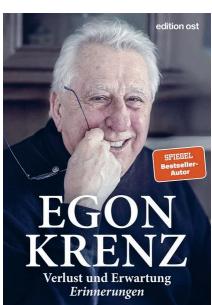
Mi. 28.1.:
Redaktionsschluss Feb.-Echo

Do. 29.1. ab 19 Uhr:
Gert Meyer: Leningrader
Blockade 1941-44 „Niemand
ist vergessen – Nichts ist
vergessen“ – Kerkrade-Zimmer;
siehe Seite 6

Fr. 30.1. ab 19 Uhr:
Stammtisch DKP GI –
Chamäleon, Reichensand 9

Sa. 31.1. ab 10:30 Uhr:
Infostand Wahlbündnis GSF –
Kugelbrunnen

Mi. 11.2. um 19 Uhr:



mit Egon
Krenz und
Frank Schum-
mann: Buch-
vorstellung
"Verlust und
Erwartung –
Abschluss
einer DDR-
Biografie" –
Kongresshalle, Kerkrade-Zim.

Kongresshalle, Kerkrade-Zim.

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** beschloss der Hessische Landtag mit SPD-Mehrheit die Zusammenlegung von Gießen, Wetzlar und den dazwischen liegenden Gemeinden zur Stadt „Lahn“. Die Bewohner dieser Städte und Gemeinden wurden nicht gefragt, weder zur Zusammenlegung noch zum Namen. Die Arroganz der langjährigen Regierungspartei führte zu heftigen Protesten. Beiden folgenden Kommunal- und Landtagswahlen stürzte die SPD ab und verlor ihre Mehrheiten. Die Stadt Lahn hatte keinen langen Bestand, nach wenigen Jahren gab es wieder Gießen, Wetzlar und die ehemaligen Gemeinden.



Vor **40 Jahren** erreichten die bundesweit verhängten Berufsverbote für Kommunisten, Sozialisten, Pazifisten und andere Linke einen Höhepunkt. In Gießen betraf es u. a. die Postbeamten Axel Brück und Egon Momberger. Bundesweit und international gab es große Solidarität. Die niederländische sozialdemokratische Partei der Arbeit spendete für 20 betroffene Familien kostenlosen Urlaub in Ferienhäusern.



Vor **30 Jahren** wurde Erika Beltz von der politischen Kriminalpolizei (K14) vorgeladen. Grund: Eine Anzeige wegen Aufforderung zu einer Straftat. Am Greifdenkmal an der Licher

Gabel waren nach dem Raubvogel auch Buchstaben der kriegsverherrlichen Inschrift verschwunden. Im Gießener Echo wurde vorgeschlagen, die restlichen Buchstaben auch noch zu entfernen, das war die Straftat. Er kam der Vorladung nicht nach, die Anzeige wurde nicht weiterverfolgt.



Vor **20 Jahren** gab es in Gießen erstmals ein breites linkes Bündnis zur Kommunalwahl. Die Linkspartei PDS, die gerade gegründete Wahl-alternative Soziale Gerechtigkeit (WASG), die DKP und unabhängige Linke traten gemeinsam an. Über Wahlprogramm und Kandidatenliste wurde solidarisch diskutiert und in großer Einheit entschieden. Bei den folgenden Kommunalwahlen 2016 und 2021 wurde die Zusammenarbeit schwieriger, sie endete 2022.



Vor **10 Jahren** forderte die DKP den Magistrat auf, die Leerstände von Wohnungen zu ermitteln und dagegen aktiv zu werden. Der Mikrozensus von 2011 (eine Einwohner- und Wohnungszählung) hatte festgestellt, dass in Gießen etwa 1.400 Wohnungen leer stehen. Bis heute weiß die Stadt nicht, wo Wohnungen verwaist sind und tut auch nichts gegen diesen Missstand.



Mach mit! Werde Mitglied in der DKP oder SDAJ